



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Umwelt,  
Gesundheit und  
Verbraucherschutz  
Der Staatssekretär

Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg  
Postfach 601150 | 14411 Potsdam

Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam

Hausruf: 0331 866 7004

Fax: 0331 866 7006

Internet: [www.mugv.brandenburg.de](http://www.mugv.brandenburg.de)

## Grußwort Staatssekretär Dr. Rühmkorf

in der Fortbildungsveranstaltung des Verbandes  
der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes der  
Länder Berlin und Brandenburg e.V.

am 19.2.2010 im Rathaus Berlin-Charlottenburg

Potsdam, den 19. Februar 2010

## -Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Dr. Bethke  
sehr geehrte Frau Dr. Kaufhold,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

für die Einladung zur heutigen Fortbildungsveranstaltung des Verbandes der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes der Länder Brandenburg und Berlin möchte ich mich herzlich bedanken. Ich darf Ihnen an dieser Stelle auch die Grüße der Gesundheitsministerin des Landes Brandenburg Anita Tack übermitteln.

Ich bin Ihrer Einladung heute sehr gern gefolgt, weil ich so gleich die Gelegenheit nutzen kann, mich Ihnen persönlich vorzustellen. Und weil der öffentliche Gesundheitsdienst zuverlässig und leistungsstark seine Aufgaben bei der Gewährleistung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung wahrnimmt. Das ist jedenfalls die Auffassung der neuen Landesregierung in Brandenburg und hierfür werden wir uns als Haus auch stark machen.

Die neue SPD-LINKE – Regierung ist jetzt gerade mal 100 Tage im Amt. Es gab auf Grund der Koalitionsvereinbarung einige Umstrukturierungen in der Landesverwaltung. Erstmals gibt es das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, und das ist gut so. Wir verstehen uns als „Ministerium für Lebensqualität“.

„Gesund leben in einer intakten Umwelt in Brandenburg“ das ist unser Anspruch, dem wir uns stellen. Kinder und Jugendliche sollen in Brandenburg gesund aufwachsen, Frauen und Männer gesund alt werden können - das liegt mir besonders am Herzen.

Dazu brauchen wir eine leistungsfähige gesundheitliche Betreuungs- und Versorgungsstruktur in allen Regionen des Landes. Und hierbei nimmt der öffentliche Gesundheitsdienst als ein Garant der öffentlichen Daseinsfürsorge eine ganz besonders wichtige Stellung ein. Sie meine Damen und Herrn Kollegen stehen für eine patientennahen Versorgung auch in der Fläche jenseits der allgemeinen Verwertungsinteressen und Profitorientierung vieler anderer Akteure. Die Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens auch zukünftig zu sichern, wird für ein Flächenland wie Brandenburg zu einer zentralen Herausforderung. Und das, ist natürlich nur mit dem gemeinsamen Engagement aller im Gesundheitsbereich Tätigen und Verantwortlichen zu schaffen.

Die früheren Landesverbände der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes Brandenburg und Berlin haben sich im Jahr 2008 zu einem gemeinsamen Verband zusammengeschlossen. Dies ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen. Denn die Brandenburgischen Landesministerien, so auch das neue Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, streben in vielen Bereichen eine intensive Abstimmung mit der Berliner Senatsverwaltung an.

Wir können unsere Länder in ihrer engen geographischen Beziehung nicht isoliert sehen. Viele Bürgerinnen und Bürger der an Berlin angrenzenden Regionen des Landes Brandenburg - und auch umgekehrt - haben enge Verknüpfungen ihrer Arbeits- und Freizeitgestaltung in unseren beiden Bundesländern. Die Pendlerrate zwischen den Ländern ist hoch. Und dennoch sind die strukturellen Verhältnisse in unseren Ländern sehr unterschiedlich.

Dem Stadtstaat Berlin mit ca. 3,5 Mio. Einwohnern steht das Flächenland Brandenburg mit ca. 2,5 Mio. Einwohnern gegenüber. Der Landkreis Uckermark ist sogar der größte Flächenlandkreis in Deutschland. Und auch die Bevölkerungs-, Gesellschafts- und Familienstrukturen unserer beiden Bundesländer unterscheiden sich sehr deutlich.

Allein die Unterschiede in der Bevölkerungsdichte und ungleich längeren Wege erfordern in vielerlei Hinsicht verschiedene logistische Konzepte und innovative Versorgungslösungen. So können festzulegende Handlungsweisen in beiden Ländern zwangsläufig nicht immer gleich gestaltet sein. Dennoch sollten die Eckpfeiler unseres Handelns fachlich und politisch miteinander abgestimmt werden. Dafür steht auch die neue Landesregierung in Brandenburg!

Dabei ist es unsere Aufgabe, auch zukünftig die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen, elementare öffentliche Dienstleistungen wie Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe gehören ebenso dazu wie Wasser, Energie, Mobilität und die Gesundheitsdienste.

Meine Damen und Herren,

wir alle wurden seit Ende April 2009 mit der Ausbreitung des neuen Influenzavirus A/H1N1 aus Mexiko und den USA auch nach Deutschland vor eine erhebliche Herausforderung gestellt. Zu Beginn konnten die Pathogenität des Virus nur schwer vorhergesagt und die Bedrohlichkeit der Lage nur bedingt eingeschätzt werden. Das Medieninteresse allerdings war von Beginn an hoch.

Bereits Anfang Mai 2009 traten die ersten beiden Erkrankungsfälle im Land Brandenburg auf. Zunächst konzentrierte sich das Erkrankungsgeschehen auf Reiserückkehrer. In dieser Hinsicht waren beide Länder durch ihre internationalen Flughäfen gleichsam betroffen. Im weiteren Verlauf der Pandemie musste der autochthonen Verbreitung in der Bevölkerung begegnet werden.

Aufgrund des guten und koordinierten Handelns der Gesundheitsämter konnten die Maßnahmen des Infektionsschutzes schnell und gezielt umgesetzt werden. Die relativ niedrigen Erkrankungszahlen im bisherigen Pandemieverlauf sind nicht zuletzt auch auf das Handeln des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zurückzuführen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖGD stellten vor allem die Ermittlung von Kontaktpersonen und das Meldeaufkommen angesichts steigender Erkrankungszahlen besonders in der zweiten Welle eine hohe Arbeitsbelastung dar. Ebenso tatkräftig wie Sie meistern aber auch die Kolleginnen und Kollegen unseres gemeinsamen Landeslabors diese Herausforderung bravourös.

Ab Oktober 2009 haben Sie alle im Rahmen der Impfkaktion gegen die Neue Influenza einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, das Schlüsselpersonal in den Einrichtungen und die Impfwilligen in der Bevölkerung zu impfen.

Für den geleisteten Einsatz im Öffentlichen Gesundheitsdienst bei der Durchführung von Impfungen gegen die Neue Influenza gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nochmals unser besonderer Dank.

Die aufgeregte Berichterstattung um den Impfstoff in den Medien hat Ihnen, den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und auch uns in den obersten Gesundheitsbehörden die Arbeit nicht gerade erleichtert. Ich persönlich würde sogar sagen, dass die mediale Kakophonie rund um die Neue Grippe Ihre Arbeit zusätzlich enorm belastet hat und leider in Bezug auf zukünftig notwendige Impfkampagnen uns eher einen „Bärendienst“ erwiesen hat.

Zusätzlich haben die meist milden Krankheitsverläufe dazu geführt, dass die Durchimpfungsraten deutlich hinter unseren Erwartungen zurück geblieben sind.

So gilt es in Sachen Impfen weiterhin viel Überzeugungsarbeit zu leisten und deshalb müssen wir gemeinsam mit den Bundesbehörden im Nachgang auch kritisch diskutieren, ob und was wir beim nächsten Mal besser machen können.

Ihr Verband bietet neben dem fachlichen und wissenschaftlichen Austausch sowie der Fort- und Weiterbildung der Mitglieder auch fachliche Beratung für Gesetzgebung und Verwaltung. Die heutige Tagesordnung sieht sicherlich auch aus diesem Grund Berichte aus den MRSA-Netzwerken in Berlin und Brandenburg vor.

Das Ziel der wirksamen Prävention von Übertragungen multiresistenter Erreger war Grundlage des Beschlusses der Gesundheitsministerkonferenz im Juni 2006 zum Aufbau regionaler Netzwerke zur Prävention von MRSA, die durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst koordiniert werden sollen.

Im Land Brandenburg besteht seit 2007 ein zentral gesteuertes MRSA-Netzwerk, das mit der Errichtung lokaler Netzwerkstrukturen in 14 Landkreisen und kreisfreien Städten immer mehr ausgebaut wird. Wie ich weiß, gibt es seit gut einem Jahr auch in Berlin eine Struktur, von der aus die Bildung lokaler Netzwerke koordiniert werden soll. In Marzahn-Hellersdorf besteht bereits ein Pilotnetzwerk. Weitere Netzwerke der Bezirksamter werden sicher in absehbarer Zeit folgen.

Diese wichtige Maßnahme der Verhinderung von Übertragungen multiresistenter Erreger im ambulanten und stationären Bereich wird auch von mir als wichtiges Präventionsvorhaben gesehen und unterstützt. Und mit Frau Dr. Seewald aus unserem Haus haben Sie eine überaus kompetente Referentin gewinnen können, die Ihnen die Thematik nachher sicherlich in gewohnt energischer Art näher bringen wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der öffentliche Gesundheitsdienst mit seinen Kernbereichen Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung, Gesundheitsaufsicht und Prävention stellt neben der ambulanten und stationären Versorgung eine wichtige Säule unseres Gesundheitswesens dar.

Die Aufgaben der Gesundheitsämter gehen natürlich weit über die vorhin skizzierten Maßnahmen des Infektionsschutzes hinaus.

Ich darf hier beispielhaft die Tätigkeiten der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste sowie der Kinder- und Jugendzahnärztlichen Dienste nennen. Die Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen einschließlich der Feststellung des Impfstatus sind wichtige Bestandteile der Präventionsarbeit.

Im Land Brandenburg leisten wir durch das zentrale Einladungs- und Rückmeldewesen zu den Vorsorgeuntersuchungen im Kindesalter auch einen wichtigen Beitrag zum Kinderschutz.

Auch die sozialpsychiatrischen Dienste der Gesundheitsämter, die neben Begutachtung und regulärer Betreuung psychisch kranker Menschen häufig im Rahmen von Kriseninterventionen wirksam werden müssen, sind als ein Pfeiler im Gesamtkonzept der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung immer wichtiger geworden.

Aber leider müssen die Gesundheitsämter diese Aufgaben mit immer weniger Personal bewältigen. Neben den vorgesehenen Stellenkürzungen im Personalkonzept des Landes Berlin können einige Arztstellen im Land Brandenburg nicht besetzt werden, weil sich keine Fachärztinnen und Fachärzte für eine Tätigkeit im öffentlichen Gesundheitsdienst bewerben. Hier gilt es, die Attraktivität zu erhöhen. Und dieser schwierigen Herausforderungen werden wir uns stellen. Denn nicht nur die Ministerin und Senatorin in unseren beiden Bundesländern sehen die Entwicklung der Personalsituation als kritisch an. Auch in vielen andern Bundesländern werden verschiedenste Initiativen betrieben, über die wir uns sowohl auf der Staatssekretärebene als auch der Ministerebene regelmäßig austauschen.

Im Hinblick auf die Vergütungssituation der Ärzte hat die Amtschefkonferenz der Länder dazu der Gesundheitsministerkonferenz empfohlen, diese Beschäftigten in den Tarifvertrag „TV-Ärzte“ einzubeziehen bzw. entsprechende Sonderregelungen auf Länderebene zuzulassen.

Unsere beiden Länder haben für diesen Beschlussvorschlag votiert, der an die Finanzministerkonferenz, die Tarifgemeinschaft der Länder und die kommunalen Arbeitgeberverbände herangetragen werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Öffentliche Gesundheitsdienst in unseren Ländern wird auch in Zukunft wichtige Aufgaben bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung zur Sicherung des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung erfüllen und vor weitere Herausforderungen gestellt werden.

Ich möchte Sie abschließend ermutigen, Ihrer Tätigkeit im Landesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als auch in Ihren Ämtern vor Ort weiterhin so engagiert nachzugehen.

Ich wünsche der heutigen Veranstaltung einen guten Verlauf und zielführende Diskussionen.

Vielen Dank.